

(Mutterem Aras)

Ein weiteres Zitat:

Alles, was die Einnahmesituation des Landes verschlechtert, ist für die Landesregierung nicht akzeptabel. Ich sehe daher kaum Spielraum, einer solchen Reform zuzustimmen.

Auch diese Aussage stammt nicht von einer Grünen, sondern von der neuen CDU-Ministerpräsidentin des Saarlands, Frau Kramp-Karrenbauer. Ihr Amtskollege aus Schleswig-Holstein, Peter Harry Carstensen, ebenfalls CDU, lässt verlauten:

Steuersenkungen zulasten der Landeskasse können wir uns als Konsolidierungsland nicht erlauben.

Der Tenor in der Fachwelt und in der Öffentlichkeit ist klar: Steuersenkungen, die dauerhaft zu Mindereinnahmen führen, sind derzeit fehl am Platz. Warum? Weil sie durch Neuverschuldung finanziert sind, weil die Konjunktur derzeit keinen Wachstumsimpuls braucht und weil die Risiken in den öffentlichen Haushalten – Stichwort Eurokrise – zu groß sind.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns kurz die Lage der öffentlichen Finanzen in diesem Land betrachten. Die Bundesrepublik ist mit über 2 Billionen € verschuldet. Allein Baden-Württemberg hatte im Jahr 2010 einen Schuldenberg von 43 Milliarden € angehäuft. 2 Milliarden € im Jahr gehen allein für den Zinsdienst drauf – Geld, das unsere Schulen, Kindergärten, unsere Unternehmen und Kommunen sehr viel besser gebrauchen könnten.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Die grüne Landtagsfraktion ist darum der Meinung: Schuldenabbau vor Steuersenkungen und vor allem keine Steuersenkungen auf Pump. Unsere Fraktion steht für eine nachhaltige Finanzpolitik. Wir wollen den Haushalt strukturell konsolidieren und streben für das Jahr 2012 die Nullneverschuldung an.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Deshalb werden wir jede Ausgabe, die nicht aufgrund von Gesetz und Verträgen zwingend ist, prüfen. Vor allem werden wir auch jede zusätzliche Stelle sehr genau prüfen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Oh!)

Neu zu schaffende Stellen wird es nur im Ausnahmefall nach strengster Prüfung bzw. durch Umschichtungen geben. Unsere Fraktion zieht hier mit dem Ministerpräsidenten an einem Strang.

Lassen Sie uns nun genauer hinschauen, welche Auswirkungen die geplanten Steuersenkungen auf Baden-Württemberg hätten: Nach dem jetzigen Vorschlag von Herrn Rösler und Herrn Schäuble würde das Land jährlich rund 500 Millionen € weniger einnehmen. 500 Millionen € allein für Baden-Württemberg! Gesamtstaatlich wären Einnahmeausfälle von ca. 6 Milliarden € einprogrammiert. 500 Millionen € weniger: Das sind rund 8 000 Lehrerstellen oder 10 000 Polizistenstellen! Das sollte man wissen, wenn man über Steuersenkungen in dieser Größenordnung diskutiert.

Man könnte also fragen: Warum das Ganze? Warum bindet sich die Koalition in Berlin diesen Klotz ans Bein, den sie seit ihrem Amtsantritt mit sich herumschleppt? Darauf gibt es eine ganz einfache Antwort: um die FDP vor der Bedeutungslosigkeit zu retten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Hier rächt sich nun, dass die Liberalen zur Einthemenpartei geworden sind. Wer lediglich mit dem Versprechen von Steuersenkungen angetreten ist, muss natürlich liefern. Schließlich geht es um das politische Überleben.

Aber muss darunter die Stabilität der öffentlichen Finanzen leiden? Muss dieses politische Überleben auf Kosten von Zukunftsinvestitionen in unserem Land gehen? Wir meinen: nein. Steuersenkungen dürfen nicht dazu missbraucht werden, sich politische Zustimmung zu erkaufen. Das ging im Superwahljahr schief, und das wird auch weiterhin schiefgehen. Ein Reanimationsprogramm für die FDP auf Kosten der Allgemeinheit darf es nicht geben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, die Konjunktur boomt zum Glück. Die Auftragsbücher sind voll. Dies sind nun die guten Zeiten, in denen das Land Vorsorge für schlechte Zeiten treffen muss. Nur so ist sichergestellt, dass bei einem konjunkturellen Abschwung wieder Spielräume vorhanden sind, um die Konjunktur zu stützen.

Die Zeichen der Zeit stehen darum auf Konsolidierung und gegen Steuersenkungen. Genau dafür werden wir uns im Bundesrat einsetzen, und wir hoffen, dass sich die CDU-Kollegen ihren Kollegen aus anderen Bundesländern, die ich exemplarisch aufgeführt habe, anschließen, damit wir hier vernünftig vorankommen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Guido Wolf: Im Eifer des Gefechts, liebe Kolleginnen und Kollegen, habe ich ganz vergessen, darauf hinzuweisen, dass das Präsidium für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredzeit von 40 Minuten festgelegt hat. Dabei gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Redner in der zweiten Runde. Die Kollegin Aras hat diesen Rahmenbedingungen in ihrem Beitrag entsprochen und daher alles richtig gemacht.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Nur inhaltlich nicht!)

Ich erteile nun für die CDU-Fraktion Herrn Abg. Köbler das Wort.

Abg. Joachim Köbler CDU: Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Wir sprechen heute über Steuersenkungen. Ich hatte gedacht, dass Frau Aras diesen Begriff in ihrem Redebeitrag wohlweislich noch kommentieren würde. Denn es geht aktuell nicht so sehr um Steuersenkungen; es geht vor allem um die Beseitigung der kalten Progression, und es geht darum, dass im Zeitraum zwischen 1997 und 2007 durch die kalte Progression rund 34 Milliarden € an Steuereinnahmen entstanden sind. Es geht um Steuergerechtigkeit.

(Jochim Kößler)

Der Herr Präsident hat heute Morgen in seiner Antrittsrede gesagt: Die Bürger müssen verstehen, was Politik ist, und sie müssen Politik verstehen. Steuerpolitik ist für jeden Einzelnen wichtig. Wenn wir dem Bürger in die Tasche greifen, dann muss der Bürger verstehen, warum das geschieht. Er muss das Steuersystem verstehen, und er muss verstehen, was mit seinem Geld gemacht wird.

Die Beseitigung der kalten Progression ist eine Notwendigkeit. Wir entziehen dem einzelnen Bürger durch die Inflation Jahr für Jahr Geld. Dabei meine ich jetzt nicht einen Spitzenverdiener, wie ihn Herr Trittin offenbar im Blick hat und wie ihn uns Herr Gabriel ständig suggeriert.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Nein, wir entziehen dem Geringverdiener Jahr für Jahr eine ganze Menge Geld. Ich werde später noch ein paar Beispiele bringen, um dies zu belegen.

Das kann nicht so weitergehen. Der Bürger wird nicht verstehen, dass, wenn er eine Lohnerhöhung um 2 % bekommt, sein Steuersatz gleichzeitig um mehrere Prozentpunkte steigt. Ich werde dies noch im Einzelnen erläutern.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig! Das ist das Thema!)

Jetzt will ich Ihnen, Frau Aras, einmal ein paar Aussagen entgegenhalten. Das ist zunächst einmal die Aussage des Zentralverbands des Deutschen Handwerks:

Es geht

– bei der kalten Progression –

nicht um Steuersenkungen oder Steuergeschenke, sondern um Steuergerechtigkeit.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Es kommt noch viel besser. Die IG Metall sagt:

Die mittleren und unteren Einkommen sollten dagegen durch die Beseitigung der kalten Progression entlastet werden.

(Beifall des Abg. Winfried Mack CDU – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Fertig lesen! Lesen Sie den nächsten Satz auch vor, wo eine größere Beteiligung der Vermögen gefordert wird! – Weitere Zurufe, u. a. der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

– Das ist doch okay.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist wichtig!)

Aber wir sind uns doch darüber einig, dass dies im Grunde der richtige Weg ist. Es geht nicht um Steuersenkung, sondern es geht um Steuergerechtigkeit.

Ich mache jetzt einmal bei den Grünen weiter.

Ich nenne das Siebenpunkteprogramm der Grünen in Österreich.

(Lachen bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Dort heißt es: „Weg mit der kalten Progression“.

(Zuruf)

– Ich will Ihnen doch bloß einmal ein paar Beispiele nennen, wie auch Sie Beispiele genannt haben. Die Wirtschaftsforschungsinstitute dort monieren die kalte Progression genauso wie alle anderen.

Jetzt gehe ich weiter. Die österreichischen Grünen sagen, der Eingriff ins Steuerrecht sei richtig; er werde in anderen Ländern, den Niederlanden, Belgien, Kanada und den USA, bereits so gemacht. Österreich hinke da im internationalen Vergleich hinterher.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ich will Ihnen jetzt noch ein paar Beispiele dafür nennen, warum es so wichtig ist, die kalte Progression zu beseitigen. Ein Arbeitnehmer, der 4 000 € im Monat brutto verdient, hat eine Lohnerhöhung um 2 %. Er zahlt aber für die 2 % Lohnerhöhung prozentual 2,3 % mehr Steuern. Wenn man dann eine Inflation von 2 % unterstellt, hat er real weniger in der Tasche.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Es kommt noch besser: Wenn ein Geringverdiener mit einem Einkommen von 1 200 € im Monat

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

aufgrund des Inflationsausgleichs eine Lohnerhöhung um 2 % hat, zahlt er danach 8,4 % mehr Steuern.

Um es zu wiederholen: 2 % mehr für den Geringverdiener bedeuten 8,4 % mehr Steuern. Real hat er also bedeutend weniger.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

Das ist die Lage.

Es geht uns nicht um Steuersenkungen – ich will es noch einmal sagen –, sondern es geht um Steuergerechtigkeit. Ich werde nachher in der zweiten Runde noch etwas dazu sagen.

Goethe hat gesagt: „Wenn wir bewahren wollen, was uns wichtig ist, müssen wir vieles verändern.“ Wir wollen die Steuergerechtigkeit herbeiführen und möglichst bewahren. Wir wollen, dass die Bürgerinnen und Bürger an diesen Staat glauben. Ich fordere Sie auf, mit uns gemeinsam den Weg der Beseitigung der kalten Progression, den Weg der Steuergerechtigkeit zu gehen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Herr Abg. Schmiedel.

Abg. Claus Schmiedel SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Kollege Kößler, mit uns kann man immer über ein gerechteres Steuersystem sprechen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)